



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/KII/8 - 10. Januar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 91631-88  
Fernschreiber 0886890

## Hinweise auf den Inhalt:

Atomgemeinschaft - ungelöste Streitfrage	S. 1
Nach Bödens Rücktritt	S. 3
Die SPD und die Saar	S. 4
Belehrung für die "Times"	S. 6
Zur Arnold-Rede in Essen	S. 7

### Europa mit Vorbehalt

Von Herbert Wehner, MdB.

Obwohl die Regierungen in Paris und in Bonn den Eindruck zu erwecken suchen, noch im Laufe des Monats Januar würden die entscheidenden Schritte zur Fertigstellung eines Vertrags über den gemeinsamen Markt der sechs in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zusammengeschlossenen Länder und eines weiteren Vertrages über die Bildung einer europäischen Gemeinschaft zur Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke getan werden, sind einige Streitfragen, die bisher das Zustandekommen dieser Verträge verhindert haben, immer noch nicht gelöst. Die Öffentlichkeit der Länder, deren Regierungen an den zähflüssigen Sachverständigenberatungen zur Ausarbeitung dieser Verträge beteiligt sind, wurde in den letzten Monaten, in denen turbulente Ereignisse die Aufmerksamkeit zersplitterten, kaum über den Fortgang der Arbeiten und über die eigentlichen Ursachen des schleppenden Verhandlungsgangs unterrichtet. Nach dem Fiasco der britisch-französischen Militäraktion in Ägypten sind dann wieder Hoffnungen auf ein baldiges gutes Ende der Verhandlungen geäußert worden, die allerdings nicht erkennen liessen, wie es um die Überwindung der Hindernisse steht, die von beiden Seiten in Gestalt von Vorbehalten gegen Kernstücke der beiden Verträge errichtet worden waren.

Bisher sah das so aus: Die französische Regierung war interessiert an einem baldigen Zustandekommen der Atomgemeinschaft, während sie dem

Projekt eines allgemeinen gemeinsamen Marktes für die sechs Montanunion-Länder ziemlich kühl gegenüberstand. Die Bundesregierung war interessiert an einer unauflösbaren Verkoppelung der beiden Vertragswerke, was praktisch bedeutete, dass die Atomgemeinschaft zu scheitern fürchte, weil das komplizierte Vertragswerk über die stufenweise Einführung eines allgemeinen gemeinsamen Marktes - das heisst im Ergebnis die Bildung einer Zollunion - nicht so bald Aussicht hatte, die einhellige Zustimmung aller Beteiligten zu erhalten. Obwohl Anfang Oktober durch eine britische Erklärung eine bis dahin kaum für möglich gehaltene britische Assoziation mit der kontinental-europäischen Zollunion in Aussicht gestellt worden ist, sind die hinter den Kulissen ausgetragenen Boxkämpfe nicht eingestellt worden.

Die erste wirkliche Gelegenheit, Grossbritannien wenigstens durch die von ihm in Aussicht gestellte Freihandelszone in ein engeres Verhältnis zu den Ländern der geplanten Zollunion auf dem Kontinent zu bringen, wurde keineswegs zum Anlass genommen, nun endlich ohne weitere Vorbehalte an die Verwirklichung eines wichtigen Stücks europäischer Zusammenarbeit zu gehen. Wenn schliesslich auch Frankreich bereit zu sein schien, seine Vorbehalte gegen das Zollunionsprojekt zu mildern, falls die Bundesregierung ihrerseits mitspräche, die französische Vorstellung von der Harmonisierung, das heisst Angleichung gewisser sozialer Leistungen in den teilnehmenden Ländern vorwirklichen zu helfen, so sperrt sich der Wirtschaftsminister der Bundesrepublik doch nach wie vor gegen dieses Ansinnen. Jeder hat seinen Vorbehalt gegen die Verwirklichung europäischer Zusammenarbeit.

Die Atomgemeinschaft ist von zwei Seiten aus gefährdet. Frankreich hat unter dem Einfluss der dort als Zünglein an der Abstimmungswaage an Einfluss gewinnenden konservativen und rechtsgerichteten Kräfte den ursprünglich von ihm selbst geradezu leidenschaftlich vertretenen Gedanken an die ausschliesslich friedliche Nutzung der durch die europäische Gemeinschaft erzeugten Atomenergie mehr und mehr verwässert. Es hat Vorbehalte eingeschaltet, die es ihm ermöglichen sollen, nach Ablauf einer gewissen Zeit an der Herstellung der Atombomben nicht mehr gehindert zu sein. Die Bundesregierung hat sich bisher am hartnäckigsten dagegen gewehrt, in der Atomgemeinschaft das Eigentumsverhältnis am spaltbaren Material nach dem Muster der in Grossbritannien und in den Vereinigten Staaten mit gutem Erfolg bewährten Regelung gewährleisten zu lassen.

In der Bundesrepublik möchten einflussreiche Industriellenkreise ganz freie Hand auch im Umgang mit den neuer gefährlichen Rohstoffen, dem spaltbaren Material, haben, obwohl sie sich sagen müssten, dass sie durch dieses Verhalten unter den zur Zeit auch und gerade von den USA beachteten Kontrollvorschriften für die Lieferung spaltbaren Materials keine Aussicht haben, das erforderliche Uran in annähernd ausreichender Mengen beziehen zu können. Doch diese Kreise hoffen wahrscheinlich noch auf eine amerikanische Speziallösung für die bundesrepublikanischen Industriellen und möchten durchaus nicht eine Ordnung im Umgang mit dem gefährlichen spaltbaren Material nach dem Muster der in England und Amerika selbst praktizierten Vorschriften und nach den Vorschlägen des unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten der Montanunion, Jean Monnet, stehenden Komitees für die Vereinigten Staaten von Europa, denen die bevollmächtigten Vertreter aller Gewerkschaften der sechs Länder und die Vertreter der sozialdemokratischen wie der christdemokratischen Parteien dieser Länder ihre Zustimmung gegeben haben. Die Vorbehalte der unmittelbar interessierten Industriekreise erwiesen sich bisher als stärker denn die guten Absichten zu europäischer Wirtschaftszusammenarbeit. Wird man es nun mit einem Kompromiss versuchen, durch das die europäische Gemeinschaftsarbeit ihres Kerngedankens beraubt würde?

Geopfert auf dem Altar von Suez

sp. Der Rücktritt Edens ist die logische Konsequenz einer falschen Politik. Das Scheitern der militärischen Interventionspolitik im Nahen Osten, die sich aus diesem Scheitern ergebenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten für England und der offene Widerstand, den Edens Politik in den Vereinigten Staaten ausgelöst hatte - alles dies zusammen hätte einen stärkeren Mann als Eden zu Fall gebracht.

Wer auch immer Edens Nachfolger sein wird, ob der jetzige Schatzkanzler Buttler oder McMillan, der zur Zeit der letzten Genfer Konferenz Grossbritannien als Aussenminister vertrat, jeder Nachfolger Edens wird zunächst vor der Aufgabe stehen, die Politik seines Vorgängers zu liquidieren. Dazu gehört vor allem die Wiederherstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen England und den USA.

Ob diese Aufgabe von einem Konservativen gelöst werden kann, ist höchst zweifelhaft. Wahrscheinlich wird das englische Volk jeden konservativen Nachfolger Edens als den Chef einer Übergangsregierung bis zu den Neuwahlen betrachten. Die Labour-Opposition kann jetzt mit Recht behaupten, dass ihre Kritik an der Politik der Regierung bis in die Reihen der Konservativen selbst hinein wirksam war. Denn wenn in einer so dramatischen Situation wie jetzt die Konservativen entschlossen gewesen sind, sogar den Nachfolger Churchills auf dem Altar von Suez zu opfern, dann ist dies ein Beweis für das Eingeständnis der Notwendigkeit, eine andere, bessere Politik einzuleiten.

Der Rücktritt Edens wird darüber hinaus sicher einen Prozess starker internationaler Bewegungen einleiten, wenn er nicht gar als der Vorbote einer Entwicklung betrachtet werden muss, die mit den Veränderungen in der amerikanischen Aussenpolitik im Zusammenhang steht.

Die Weltöffentlichkeit kann jedoch, unabhängig von ihrer Einstellung zu den Geschehnissen in England, mit Genugtuung registrieren, dass es wenigstens ein Land gibt, in dem der Regierungschef, der für eine falsche Politik verantwortlich ist, zurücktritt.

### Ein notwendiger Rückblick

sp. Anlässlich der Wiedervereinigung des Saargebiets mit der Bundesrepublik Deutschland wurden viele offizielle Reden gehalten. Hierbei fiel auf, dass man kaum jener Männer gedachte, die in der Zeit der Herrschaft Grandvals und Hoffmanns an der Saar eindeutig den Kampf gegen die französische Separationspolitik geführt haben. Es ist auch nicht daran erinnert worden, dass es die Deutsche Sozialdemokratie war, die sofort nach Kriegsende jedes Paktieren mit den separatistischen Kräften an der Saar ablehnte und die dann später im Bundestag auf der deutschen parlamentarischen Ebene zuerst den Kampf für eine vernünftige und im besten Sinne des Wortes europäische Saar-Politik aufnahm.

Es war Dr. Kurt Schumacher, der als erster deutscher Politiker am 10. März 1950 im Bundestag vorschlug, das die deutsch-französischen Beziehungen trübende Saarproblem auf der Grundlage wirtschaftlicher Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich zu lösen.

Nach Schumachers Tod waren es Erich Ollenhauer, Dr. Karl Mommer und Herbert Wehner, die immer wieder die inhaltlose Saarpolitik der Bundesregierung bekämpften und an Hand von konkreten Vorschlägen aufzeigten, wie das Saarproblem konstruktiv gelöst werden könne.

Im Saargebiet selbst stand gleich zu Anfang der Auseinandersetzungen mit den separatistischen Kräften in der Hoffmann-Regierung der frühere Reichstagsabgeordnete aus Mannheim, Ernst Roth, an der Spitze des Kampfes um die Erhaltung der Saar für Deutschland. Ernst Roth wurde gemeinsam mit dem früheren Landrat von Homburg an der Saar, Trittelwitz aus dem Saargebiet ausgewiesen. Beide liessen sich in der Pfalz nieder und wurden als Saar-Experten von der SPD für die Wahl zum Bundestag aufgestellt. Die sozialdemokratische Partei delegierte Ernst Roth später in den Europarat. Vor diesem internationalen Forum in Strassburg hat Ernst Roth leidenschaftlich für die Anerkennung des deutschen Standpunktes an der Saar gekämpft. Mit nie versagendem Mut und trotz vieler Enttäuschungen konnte Ernst Roth die Voraussetzungen dafür schaffen, dass man auch in Frankreich endlich hellhörig wurde und über die Sinnlosigkeit der Saarpolitik eines Hoffmann und Grandval zu dis-

katischen begann. Ernst Roth wurde mitten aus dieser Arbeit - buchstäblich von der Tribüne des Europarats - durch den Tod gerissen. Sein Lebenswerk wurde der Ansporn für viele junge saarländische Sozialdemokraten zur Fortsetzung des Kampfes, den er ohne Rücksicht auf seine bürgerliche Stellung und seine Gesundheit geführt hatte. Es rückten Männer an die Spitze der Sozialdemokratie im Saargebiet wie der heutige Arbeitsminister Kurt Gonsrød und der damalige Vorsitzende der Jungsozialisten und jetzige Landtagsabgeordnete Friedel Regitz. Dem unermüdlichen Einsatz dieser Männer ist es zu danken, dass sich im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung mit Hoffmann und Grandval immer neue Kräfte entwickeln konnten. Dazu gehören die vielen Unbekannten, die zum Teil Arbeit und Brot verloren, wenn sie bei der Flugblattverteilung ertappt wurden oder an ihren Arbeitsstellen offen gegen das Hoffmann-Regime Stellung nahmen.

Politisch unabhängig von den nach einer deutschen Lösung des Saarproblems strebenden Kräften der Sozialdemokratie traten dann auch Demokraten und frühere Zentrumsanhänger hervor, die sich später zur CDU bekannten. Der historischen Wahrheit willen muss aber festgehalten werden, dass die erste deutsche politische Partei, die in Bundesgebiet und an der Saar selbst den offenen Kampf für die Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland aufgenommen hat, die Sozialdemokratie war. Sie war es auch, die auf der internationalen Ebene in den politischen Beziehungen nutzbringend einsetzte und gegen den Widerstand der Bonner Regierungskoalition bis in den Europarat hinein jene Atmosphäre schuf, in der später fruchtbringende Saarverhandlungen möglich wurden.

Als Ollenhauer in der ersten Januarwoche dieses Jahres das Saargebiet besuchte, haben die Saarländer ihm für diese Leistung der deutschen Sozialdemokratie öffentlich den Dank abgestattet. Ein grosser Teil der deutschen Presse und des Rundfunks hat auf die Berichterstattung über die zahlreichen Sympathiekundgebungen, die Ollenhauer an der Saar entgegengebracht wurden, verzichtet ...

Schlecht unterrichtet

sp. Einen groben Schnitzer, der ihr nicht hätte unterlaufen dürfen, hat sich die "Times" in einem "Polen als deutsche Aufgabe" betitelten Artikel geleistet. Sie bemerkt im Zusammenhang mit der Entwicklung in Polen, nichts "würde die liberalen Tendenzen in Polen mehr fördern als eine eindeutige Erklärung von beiden deutschen Parteien (SPD und CDU), dass eine Lösung niemals mit Gewalt gesucht werden sollte und dass über sie mit der bestehenden Grenze als Ausgangspunkt verhandelt werden kann."

Die grosse britische Zeitung legt viel Wert und Sorgfalt auf ihren Ruf, gut und objektiv zu berichten. In diesem Falle ist sie dem von ihr gewohnten hohen Standard untreu geworden. Sie müsste wissen: Es gibt in der Bundesrepublik keinen verantwortlichen Politiker oder eine Partei, die einer gewaltsamen Änderung der Oder-Neisse-Linie das Wort reden würden. Das wäre die Einleitung zum Dritten Weltkrieg, das wäre kollektiver Selbstmord. Wenn das deutsche Volk etwas aus den Erfahrungen von Kriegs- und Nachkriegszeit gelernt hat, dann ist es die heilsame Erkenntnis, auf den Krieg als ein Mittel der Politik zu verzichten. So hat auch die Charta der Heimatvertriebenen die Anwendung von Gewalt geächtet. Die Lust nach Revanche und kriegerischer Revision der bestehenden Ostgrenzen existiert nur in der kommunistischen Propaganda, sie schürt die Furcht vor einer deutschen Aggression bei den Polen und Tschechen, um sie damit an der Kandare Moskaus zu halten.

Geist und Charakter der Sozialdemokratie schliessen kriegerische Abenteuer oder die Drohung mit Gewalt bei der Regelung strittiger Fragen mit Nachbarvölkern aus. Schon 1946, als immer noch Hunderttausende aus den jetzt polnisch verwalteten Gebieten in das von furchtbarer Not geplagte Restdeutschland hineingepresst wurden, erklärte Dr. Schumacher für die SPD:

"Wir deutschen Sozialdemokraten werden mit allen Mitteln friedlicher Politik und unter dauerndem Appell an die Vernunft der Welt um jeden Quadratkilometer östlich der Oder und Neisse kämpfen."

Sein Nachfolger Erich Ollenhauer liess es sich beim Treffen der ausserdeutschen Sozialdemokraten in Göttingen im Juli 1955 zur gleichen Frage. Er sagte:

"Die Erhaltung des Friedens und eine Politik der Entspannung sind elementare Voraussetzungen für einen Erfolg des demokrati-

sehen Sozialismus auf nationaler und internationaler Ebene. Das zweite, in dem wir uns einig sind, ist die Überzeugung, dass die Anerkennung des Heimatrechtes der Vertriebenen auf dem Wege der Verständigung und der Freundschaft mit jenen Völkern gefunden werden muss, mit denen wir als gute Nachbarn oder in einer staatlichen Ordnung in Frieden zusammenleben wollen. Das mag ein langer Weg sein, aber es ist der einzig sichere und es ist zugleich der einzig mögliche Weg, der allen Völkern in Europa Sicherheit und Frieden zu geben vermag.

Beide, Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, sprachen hier sicherlich in Namen der Übergrossen Mehrheit unseres Volkes. Sind der "Times" diese verbindliche und keine Zweifel aufkommen lassende Stellungnahmen der deutschen Sozialdemokratie, die ihren Niederschlag in Parteitagebeschüssen und in der praktischen Haltung der SPD gefunden haben, nicht bekannt?

Der Verzicht auf Gewalt ist eine Selbstverständlichkeit, das andere aber, was die "Times" verlangt, ist absurd. Die Regelungen von Grenzfragen sind keine Parteiangelegenheiten, sie fallen auch nicht in die Kompetenz von Bonn und Pankow, sie fallen ausschliesslich in die Zuständigkeit einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung. Nur diese allein ist völkerrechtlich kompetent. Im Übrigen haben auch die Sieger des zweiten Weltkrieges den provisorischen Charakter der derzeitigen deutschen Ostgrenze anerkannt, denn das Potsdamer Abkommen spricht ausdrücklich von den vorläufig unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten. Was selbst die Westmächte nicht gut bestätigen konnten, soll von dazu nicht befugten deutschen Parteien freiwillig anerkannt werden. Ist das nicht ein bisschen zuviel verlangt?

+ + +

#### Arnold zerstört seine Legende

sp. Nicht gut ist den vor Jahresfrist gestürzten ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Karl Arnold sein letztes Gespräch mit dem Bundeskanzler bekommen. Arnold galt in der deutschen Öffentlichkeit als ein CDU-Politiker von hohem Ansehen, als ein Mann, der auch seinen Gegnern Achtung abnötigte - bis auf den Tag seiner Wahlkampfreden in Essen. War dieses Sammelsurium von Plattheiten der Niederlage von Anweisungen des CDU-Vorsitzenden an seinen Düsseldorfer Stellvertreter?

Es lohnt sich nicht, auf die gehässigen Angriffe gegen die Sozialdemokratie näher einzugehen. Festgehalten muss aber die der Wahrheit widersprechende Behauptung werden, Adenauers Außenpolitik habe die deutsche Wiedervereinigung veranbracht.

Die Frage, wie stark der linke Flügel der CDU sei, beantwortete Arnold mit dem Hinweis, er habe einen solchen Flügel noch nicht gesehen. Es hätte dieser Bemerkung nicht bedurft, aber dass sie aus Arnolds Munde kam, zerstört eine von ihm selbst sorgsam selbst in die Welt gesetzte Legende - die Legende von dem sozial aufgeschlossenen "linken" Arnold. Viele publizistische Spekulanten, die von dieser Legende lebten, sind für die Zukunft um ein Dieblingsthema gebracht. Arnold hat sich mit seiner Essener Rede der Adenauer-Politik untergeordnet und damit den von ihm so gepflegten Schein des selbständig denkenden Politikers zunichte gemacht. Man muss jetzt fast annehmen, dass diejenigen recht hatten, die schon früher oft von ihm gesagt haben, er spreche die Sprache dessen, mit dem er zuletzt geredet habe.

+ + +